

NEWS AUS BRÜSSEL

EU-Informationen der Verbindungsstelle Brüssel

Dezember 2011

Dr. Ekkehard Rohrer / Christian Forstner / Anja Wodrich

Ausgewählte Vorgänge auf europäischer und internationaler Ebene vom 12. bis 18. Dezember 2011

Das Wichtigste in Kürze

Eurostaaten auf Weg zu politischer Union

In ihrer Regierungserklärung vom 14.12. zeigte sich Bundeskanzlerin Merkel überzeugt, dass der Brüsseler Gipfel vom 09.12. mit seinen Beschlüssen für eine Fiskalunion die Weichen für ein neues Europa gestellt hat. Die Eurostaaten behöben nun die Konstruktionsfehler der Wirtschafts- und Währungsunion. Den Weg dahin hätten sie unwiderruflich eingeschlagen. Es gebe keine einfache und schnelle Lösung. Der Prozess werde Jahre dauern. Eine starke Rolle der Institutionen der Europäischen Union, insbesondere der Kommission und des Europäischen Gerichtshofes, soll für eine enge Verknüpfung mit den 27, mit dem Beitritt Kroatiens bald 28 EU-Mitgliedstaaten sorgen. Auch das Europäische Parlament werde von Anfang durch Beobachter in dem Erarbeitungsprozess für den Vertrag einbezogen.

http://www.bundesregierung.de/nn_1264/Content/DE/Artikel/2011/12/2011-12-14-er-bk-regierungserklaerung.html

<http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Bulletin/2011/12/135-1-bk-reg-erkl.html>

I. Institutionelle Angelegenheiten

1. Beginn der dänischen Ratspräsidentschaft am 1. Januar 2012

Am 1. Januar 2012 übernimmt Dänemark die europäische Ratspräsidentschaft. Dänemark wird in den ersten sechs Monaten des Jahres 2012 die Arbeit im Ministerrat der EU organisieren und leiten. Mehr Informationen erhalten Sie auf der Webseite der dänischen Ratspräsidentschaft: <http://eu2012.dk/de>
<http://eu2012.dk/de/EU-and-the-Presidency/About-the-Presidency/Policy-Areas> (Tagesordnung der Ratspräsidentschaft)

2. Europäisches Parlament mit 17 neuen Abgeordneten

Parlamentspräsident Buzek hieß 17 neue Abgeordnete willkommen. Gemäß einer Entscheidung des Europäischen Rats vom Juni 2010 werden zusätzliche 18 Abgeordnete ins Europäische Parlament aufgenommen. Das noch ausstehende Parlamentsmitglied aus den Niederlanden wird zu einem späteren Zeitpunkt angekündigt. 8 Abgeordnete haben sich der EVP-Fraktion angeschlossen, 5 den Sozialdemokraten (darunter Josef Weidenholzer aus Österreich), zwei den Grünen und eine den Konservativen (EKR). Der Österreicher Ewald Stadler ist fraktionslos. Mit Beschlüssen vom 14.12. erhöhte das EP die Mitgliederzahl von Ausschüssen und Delegationen.

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/pressroom/content/20111212IPR33794/html/Stra%C3%9Fburg-Sitzungser%C3%B6ffnung-Eurozone-Klimawandel-neue-MdEPs>

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2011-0570+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2011-0571+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

3. Besserer Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten der EU

Das Europäische Parlament votierte am 15.12. für einen grundsätzlich freien Zugang der Öffentlichkeit zu allen Dokumenten des Europäischen Parlaments, des Rates und der Kommission. Ausnahmen müssten eng begrenzt sein. Kommissionsvizepräsident Maroš Šefčovič erklärte, dass die Kommission nicht alle Änderungen des EP akzeptieren könne. Fraglich sei auch die Zustimmung des Rates. Er hoffe aber, dass ein konstruktiver Dialog zwischen den drei Institutionen fortgesetzt werde.

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/pressroom/content/20111215IPR34225/html/Public-access-to-documents-towards-more-transparency-in-the-EU>

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2011-0580+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

II. Internationales, Außenhandel, Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe

a) Internationales

1. EU und Russland vertiefen Beziehungen

Nach dem EU-Russland-Gipfel erklärte Kommissionspräsident Barroso am 15.12., dass es sich um sehr erfolgreiches Treffen gehandelt habe. Beide Seiten bildeten eine echte strategische Partnerschaft. Eine vertiefte Partnerschaft sei im Interesse der EU. Dies werde Gegenstand eines ausgewogenen und ehrgeizigen Abkommens sein. Voll umgesetzt wird bereits die Partnerschaft

für Modernisierung. Zahlreiche Mitgliedstaaten hätten sich hieran beteiligt. Es gebe nunmehr 23 Modernisierungspartnerschaften. Am 15.12. seien auch die ersten Schritte auf dem Weg zu visa-freiem Reisen eingeleitet worden. Fortschritte gebe es auch beim Energiedialog.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=SPEECH/11/894&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

2. Europäisches Parlament unterstützt neue Nachbarschaftspolitik der EU

In seiner Entschliebung vom 14..12. begrüßt das EP die gemeinsamen Mitteilungen der Kommission und der EU-Außenbeauftragten mit den Titeln „Eine neue Antwort auf eine Nachbarschaft im Wandel“ und „Eine Partnerschaft mit dem südlichen Mittelmeerraum für Demokratie und gemeinsamen Wohlstand“ und den in ihnen dargelegten Ansatz, insbesondere betreffend die Grundsätze der gegenseitigen Rechenschaftspflicht und die gemeinsame Verpflichtung zur Achtung universeller Werte wie der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit, sowie die Konditionalität, eine maßgeschneiderte Strategie für die Partnerländer, die Förderung multilateraler und subregionaler Zusammenarbeit und den Grundsatz der weiteren Einbeziehung der Gesellschaften im Rahmen der Europäischen Nachbarschaftspolitik.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2011-0576+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

3. Vergabe des Sacharow-Preises an fünf arabische Aktivisten

"Durch die Vergabe des Sacharow-Preises an fünf arabische Aktivisten erkennt das Europäische Parlament die Mühen all derer an, die für Würde, Grundrechte und politischen Wandel in der arabischen Welt kämpfen", sagte Präsident Buzek während der Preisverleihung am 14.12. in Straßburg.

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/pressroom/content/20111214IPR34087/html/Sacharow-Preisträger-dankbar-für-Europas-Unterstützung-des-Arabischen-Frühlings>

b) Außenhandel

1. Russland wird neues Mitglied in der WTO

Die EU begrüßte am 14..12. den Beitritt Montenegros, Russlands und Samoas zur Welthandelsorganisation (WTO). Dadurch erhöht sich die Zahl der WTO-Mitglieder auf 157. Es wird außerdem davon ausgegangen, dass die EU ihre bilateralen Verhandlungen zum WTO-Beitritt mit der Demokratischen Volksrepublik Laos am 16. Dezember formal abschließt. "Die EU hat den WTO-Beitritt dieser Länder außerordentlich unterstützt", sagte EU-Handelskommissar Karel De Gucht. „Durch ihre Mitgliedschaft in der WTO verbessern sich die Bedingungen für den Handel mit diesen Ländern und das multilaterale Handelssystem wird insgesamt gestärkt.“

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/1548&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

2. WTO öffnet Markt für öffentliche Ausschreibungen

Die Teilnehmer am Abkommen der WTO zum öffentlichen Beschaffungswesen (Government Procurement Agreement) erzielten am 15.12. eine Einigung über einen erleichterten Marktzugang. Das bisherige Abkommen deckt einen Markt von 500 Mrd. EUR jährlich ab. Der Wert des neuen Abkommens wird auf 100 Mrd. EUR jährlich geschätzt.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/1556&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>
<http://ec.europa.eu/trade/creating-opportunities/trade-topics/public-procurement>

c) Entwicklungspolitik und humanitäre Hilfe

1. Entwicklungszusammenarbeit mit Zentralasien

In seiner Entschließung vom 15.12. zum Stand der Umsetzung der EU-Strategie für Zentralasien unterstreicht das Europäische Parlament das starke Interesse der EU an der Stärkung ihrer bi- und multilateralen Beziehungen zu den zentralasiatischen Staaten in allen Bereichen der Zusammenarbeit wie Stabilität, Sicherheit und nachhaltige Entwicklung in der Region, Handel und Wirtschaftsbeziehungen, Energie- und Verkehrsverbindungen, Verstärkung des Dialogs über universelle Werte wie Demokratie, Achtung der Menschenrechte und der Rechtsstaatlichkeit sowie gemeinsame Herausforderungen und Bedrohungen, zu denen auch der Grenzschutz sowie die Bekämpfung des Drogen- und des Menschenhandels zählen. Angesichts der geringen Ressourcen müsse die EU allerdings ihre Prioritäten besser festlegen.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2011-0588+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

2. Kommission setzt Prioritäten für Humanitäre Hilfe

Die Europäische Kommission wird 2012 humanitäre Hilfe für die schutzbedürftigsten Menschen in 36 Ländern und Regionen leisten, vor allem in den afrikanischen Ländern südlich der Sahara. Dazu stellte sie am 16.12. ihre strategische Planung für den Einsatz von 640 Mio. EUR vor. Schwerpunkte liegen bei der humanitären Hilfe in akuten Notfällen und bei lang andauernden Krisen. Ein Sechstel des Geldes ist für in Vergessenheit geratene Krisen vorgesehen, also für Gebiete, die von den Medien wenig beachtet werden und in denen die Kommission oft der einzige größere Geldgeber ist. 2012 fallen darunter die Sahraoui-Flüchtlinge in Algerien, die Flüchtlinge aus Bhutan in Nepal und die Opfer des internen bewaffneten Konflikts in der Zentralafrikanischen Republik.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/1559&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

III. Arbeit, Gesundheit, Soziales, Chancengleichheit

a) Arbeit, Soziales, Chancengleichheit

1. Kombinierte Arbeits- und Aufenthaltsgenehmigung für Drittstaatler

Das Europäische Parlament billigte am 13.12. nach Zustimmung des Rates eine kombinierte Arbeits- und Aufenthaltsgenehmigung für Bürger aus Drittstaaten sowie ein Bündel von Rechten für Drittstaatsarbeitnehmer, die sich rechtmäßig in einem Mitgliedstaat aufhalten. Bürger aus Drittstaaten, die legal in der EU arbeiten, sollen in Hinblick auf Arbeitsbedingungen, Sozialversicherung und öffentliche Dienstleistungen vergleichbare Rechte wie EU-Bürger genießen. Die entsprechende Richtlinie ist innerhalb von zwei Jahren umzusetzen.

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/pressroom/content/20111213IPR33946/html/Drittstaaten-B%BCrger-klare-Rechte-kombinierte-Arbeits-Aufenthaltsgenehmigung>
<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2011-0561+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

2. EP fordert erneut Öffnung des EU-Arbeitsmarkts für Bulgaren und Rumänen

Alle EU-Mitgliedstaaten sollen Arbeitsmarkthindernisse abschaffen, da es keine wirkliche wirtschaftliche Begründung gibt, das Recht der Rumänen und Bulgaren, in einem anderen Mitgliedstaat zu arbeiten und zu wohnen, zu beschränken. Dies fordert das Europäische Parlament in einer am 15.12. verabschiedeten Resolution.

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/pressroom/content/20111215IPR34232/html/Parlament-fordert-erneut-den-EU-Arbeitsmarkt-f%C3%BCr-Bulgaren-und-Rum%C3%A4nen-zu-%C3%B6ffnen>

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2011-0587+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

3. Arbeitslosigkeit in EU wieder auf Rekordhöhe

Nach dem „Monthly Labour Market Fact Sheet – December 2011“ stieg die Arbeitslosigkeit in der EU mit 9.7% im September wieder auf den höchsten Wert seit Beginn der Krise in der ersten Jahreshälfte 2010. Der Anstieg betrug 0.1 Prozentpunkte gegenüber August und 0.3 Prozentpunkte gegenüber März 2011. Im Eurogebiet nahm die Arbeitslosigkeit im selben Umfang zu und beträgt nunmehr 10.2%. In Deutschland, Belgien, Tschechien, Schweden, Ungarn und Irland ging die Arbeitslosigkeit leicht zurück. Die weiteren Aussichten seien eher ungünstig.

<http://ec.europa.eu/social/BlobServlet?docId=7263&langId=en>

b) Gesundheit

Bessere EU-Gesetzgebung zur Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz

Die gesundheitlichen Auswirkungen neuer Technologien müssen überprüft und Nanomaterialien durch die aktuellen EU-Regeln zu Gesundheit und Sicherheit abgedeckt werden. Dies geht aus einer am 15.12. angenommenen Resolution des Europäischen Parlaments über die Halbzeitüberprüfung der EU-Strategie für Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz 2007-2012 hervor.

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/pressroom/content/20111215IPR34231/html/Bessere-EU-Gesetzgebung-zur-Sicherheit-und-Gesundheit-am-Arbeitsplatz>

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2011-0589+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

IV. Ernährung, Landwirtschaft, Fischerei

a) Ernährung

Fünf neue geschützte Herkunftsbezeichnungen

Es handelt sich um die italienischen Olivenöle "Terre Aurunche" (g.U.) und "Seggiano" (g.U.) sowie die Kirsche "Ciliegia dell'Etna." (g.U.), die slowenische Zwiebel "Ptujski luk" (g.g.A.) und das ungarische Rindfleisch "Magyar szürkemarha hús" (g.g.A.).

http://ec.europa.eu/agriculture/quality/schemes/index_de.htm

b) Landwirtschaft

1. Fortsetzung des Lebensmittelprogramms für bedürftige Menschen in der EU

Der Rat für Landwirtschaft erzielte am 15.12. eine politische Einigung zur Fortsetzung des Lebensmittelprogramms für bedürftige Menschen in der für die Jahre 2012 – 2013. Fünf Delegationen (Tschechien, die Niederlande, Schweden, Dänemark und Großbritannien) sind weiterhin gegen dieses Programm. Deutschland ist aus dieser Gruppe ausgeschert und hat so eine Sperrminorität verhindert. Die EU-Verordnung über die Abgabe von Nahrungsmitteln an Bedürftige basiert auf der Abgabe von Erzeugnissen aus den Interventionsbeständen der Union, die – zeitlich befristet – durch Käufe am Markt ergänzt wird.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/agricult/127031.pdf

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/11/st18/st18593-ad02.de11.pdf>

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/11/st18/st18593.de11.pdf>

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/11/st18/st18593-ad01.de11.pdf>

2. Besseres Finanzmanagement bei Betriebsprämienregelung

Der Rat für Landwirtschaft begrüßte am 15.12. den Sonderbericht Nr. 5/2011 des Europäischen Rechnungshofs mit dem Titel "Betriebsprämienregelung - Fragestellungen im Hinblick auf ein besseres Finanzmanagement" und nahm Kenntnis von den Empfehlungen des Berichts.

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/11/st17/st17584.de11.pdf>

c) Fischerei

Festsetzung der Fangmöglichkeiten für EU-Schiffe im Jahr 2012

Der Rat für Fischerei erzielte am 16.12. eine politische Einigung über die Fangmöglichkeiten in der Nordsee, im Atlantik und im Schwarzen Meer. Hierbei beschlossen die Minister zum Teil höhere Quoten als von der Kommission vorgeschlagen. Deutsche Nordseefischer profitieren von einer um 140% höheren Quote für Hering. Vor der Küste Westschottlands darf allerdings kein Kabeljau mehr gefangen werden. Die Quoten für Seelachs in der Nordsee werden um 15% gesenkt, aber die Schellfisch und Scholle erhöht, was deutschen Fischern ein Plus von 63 bzw. 15% ermöglicht.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/agricult/127031.pdf

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/11/st14/st14751.de11.pdf>

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/11/st16/st16650.de11.pdf>

V. Binnenmarkt, Steuern, Wettbewerbsrecht

a) Binnenmarkt und Verbraucherschutz

Reines Abfüllen von Getränkedosen ist keine Benutzung einer Marke

Im Falle eines von Red Bull gegen einen Konkurrenten eingeleiteten Verfahrens, entschied der Europäische Gerichtshof, wie von Generalanwältin Juliane Kokott vorgeschlagen, dass die Dienstleistung des reinen Abfüllens von Getränkedosen, die mit einem als Marke geschützten Zeichen versehen sind, keine Benutzung dieses Zeichen ist, die verboten werden kann. Der Dienstleistende, der lediglich im Auftrag und nach den Anweisungen eines Dritten das Abfüllen

besorgt, schafft nur die technischen Voraussetzungen für eine Benutzung des einer geschützten Marke ähnlichen Zeichens durch diesen Dritten.

<http://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2011-12/cp110136de.pdf> (PM EuGH)
<http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=116683&pageIndex=0&doclang=de&mode=doc&dir=&occ=first&part=1&cid=127330> (Urteil)

b) Steuern

Pressekonferenz zum künftigen Mehrwertsteuersystem am 06.12. in Brüssel

In einer Pressekonferenz wird Kommissar Algridas Šemeta eine Mitteilung der Kommission zur Zukunft des Mehrwertsteuersystems in der EU vorstellen.

http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/terminvorschau_de.htm

c) Wettbewerbsrecht

1. Kommission erklärt Verpflichtungszusagen von IBM für bindend

Die Kommission hat die Verpflichtungszusagen der International Business Machines Corporation (IBM) für den Markt für Mainframe-Wartung für bindend erklärt. IBM hat sich verpflichtet, unabhängigen Anbietern von Mainframe-Wartungsdiensten Ersatzteile und technische Informationen rasch und zu wirtschaftlich angemessenen und nichtdiskriminierenden Bedingungen zur Verfügung zu stellen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/1539&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>
http://ec.europa.eu/competition/elojade/isef/case_details.cfm?proc_code=1_39692

2. Marktprüfung für Verpflichtungszusagen für Reuters Instrument Codes

Die Kommission fordert zur Stellungnahme zu den von Thomson Reuters vorgeschlagenen Verpflichtungszusagen auf, um die Wettbewerbsbedenken gegen die Lizenzierungsmethoden der Reuters Instrument Codes (RICs) auszuräumen. Bei den RICs handelt es sich um Codes zur Identifizierung von Wertpapieren, die von Finanzinstituten verwendet werden, um Daten aus den Realtime-Datafeeds (Echtzeit-Dateneinspeisungen) von Thomson Reuters abzufragen. Die Kommission befürchtet, dass das Unternehmen seinen Kunden untersagt, die RICs zur Abfrage von Daten anderer Anbieter zu verwenden. Thomson Reuters hat angeboten, es seinen Kunden zu gestatten, RIC-Lizenzen für einen Anbieterwechsel zu erwerben und die RICs gegen eine Lizenzgebühr zur Abfrage von Daten anderer Anbieter zu verwenden.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/1540&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>
http://ec.europa.eu/competition/elojade/isef/case_details.cfm?proc_code=1_39654
<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:C:2011:364:0021:0024:DE:PDF>

VI. Wirtschaft, Energie, Währung und Finanzen

a) Wirtschaft

1. Besseres Monitoring in Kohäsionspolitik

Die Kommission begrüßt die Zustimmung der EU-Mitgliedstaaten vom 12.12. zur Verbesserung des Monitoring und der Berichterstattung über kohäsionspolitische Finanzinstrumente wie etwa Sicherungssysteme zur Finanzierung der Geschäftsaufnahme neuer Kleinunternehmen. Dies bedeutet, dass die Mitgliedstaaten einmal im Jahr über die Fortschritte bei der Finanzierung und dem Einsatz dieser Instrumente Bericht erstatten müssen. Zusammen mit zusätzlichen, mit jeder Ausgabenerklärung einzureichenden Informationen ist die Kommission dann in der Lage, genau und umfassend Buch zu führen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/1527&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/regional_policy/index_de.cfm

2. Vorstellung des EU-Statistikprogramms für die nächsten fünf Jahre

Die Kommission stellt am 21. 12. das Europäische Statistikprogramm zwischen 2013 und 2017 vor. Ziel des Programms sind verlässliche, methodisch ausgefeilte Statistiken für die EU sowie für die Regierungen der Mitgliedsländer. Sie werden u. a. zur Evaluierung der EU-Politik verwendet.

http://ec.europa.eu/commission_2010-2014/semeta/index_en.htm

b) Energie

Änderung von Anhang IV (Energie) des EWR-Abkommens

Der Rat fasste am 12.12. einen Beschluss über den im Gemeinsamen EWR-Ausschuss zu vertretenden Standpunkt der EU zur Änderung von Anhang IV (Energie) des EWR-Abkommens. Dieser zielt auf die Förderung erneuerbarer Energien ab.

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/11/st16/st16720.de11.pdf>

c) Währung und Finanzen

1. Starke Nachfrage bei Europäischer Zentralbank für US-Dollars

Nachdem in einer konzertierten Aktion von sechs der wichtigsten Notenbanken der Welt, darunter der Federal Reserve (USA), der Zins für Dollargeschäfte auf etwa 0.5% halbiert worden ist, beteiligten sich am 07.12. an einem Tender über 84 Tage mit Vollzuteilung 34 Banken mit einem Betrag von über 50 Mrd. USD zum Zins von 0.59%. Ein Tender über 7 Tage zu einem Zinssatz von 0.59% ist am 15.12. von 12 Banken mit einem Betrag von über 5 Mrd. USD in Anspruch genommen worden.

http://www.ecb.int/mopo/implement/omo/html/20110139_all.en.html

http://www.ecb.int/mopo/implement/omo/html/20110144_all.en.html

2. Einführung des Euro im Fürstentum Andorra

Im Amtsblatt der EU ist am 17.12. die Vereinbarung der EU mit Andorra zur Einführung des Euro veröffentlicht worden. Vor Abschluss dieser Vereinbarung verfügte das Fürstentum Andorra weder über eine offizielle Währung noch hatte es mit einem Mitglied- oder Drittstaat eine Währungsvereinbarung abgeschlossen. De facto wurden in Andorra spanische und französische Banknoten und Münzen verwendet und am 1. Januar 2002 durch Euro-Banknoten und -Münzen ersetzt. Gemäß dieser Währungsvereinbarung verwendet das Fürstentum Andorra den Euro als offizielle Währung. Das Fürstentum Andorra erhält daher das Recht, Euro-Münzen auszugeben, und ist dazu verpflichtet, Euro-Banknoten und -Münzen den Status eines gesetzlichen Zahlungsmittels zuzuerkennen.

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:C:2011:369:0001:0013:DE:PDF>

3. Höherer Kofinanzierungsanteil der EU in Schuldenstaaten

Das Europäische Parlament stimmte am 13.12. weiteren Erleichterungen für Mitgliedstaaten zu, die von gravierenden Schwierigkeiten in Bezug auf ihre finanzielle Stabilität betroffen oder bedroht sind. Danach soll die EU bis zu 95% der Kosten für Projekte der ländlichen Entwicklung in Griechenland, Irland, Portugal, Lettland und Rumänien übernehmen. Der Rat stimmte am 15./126.12. zu.

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/pressroom/content/20111212IPR33914/html/Special-funding-measures-for-rural-development-in-crisis-stricken-states>

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2011-0564+0+DOC+XML+VO//DE&language=DE>

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/agricult/127031.pdf

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/11/pe00/pe00070.de11.pdf>

VII. Justiz und Inneres

a) Justiz

Beitritt der EU zur Europäischen Menschenrechtskonvention

Der Rat für Justiz und Inneres nahm am 13./14.12. einen Sachstandbericht zur Kenntnis. Danach besteht unter den Mitgliedstaaten noch keine Einigung über den Geltungsbereich des Beitritts der EU zur Menschenrechtskonvention, die Bedingung, dass die Zuständigkeiten der Mitgliedstaaten durch den Beitritt nicht berührt werden, die Anwendungsbreite des Mechanismus für den Verfahrensbeitritt und die Ausübung der Stimmrechte der Union und ihrer Mitgliedstaaten im Ministerkomitee bei der Überwachung des Vollzugs von Urteilen des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte gegen die Union.

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/11/st18/st18117.de11.pdf>

b) Inneres

1. Aufhebung der Visabefreiung in Notfällen

Der Rat erzielte am 13.12. eine allgemeine Ausrichtung zur Liste der Drittländer, deren Staatsangehörige von der Visumpflicht befreit sind (VO Nr. 539/2001). Danach kann eine Visumschutzklausel eingeführt werden, die eine schnelle vorübergehende Aufhebung der Befreiung eines in der Positivliste geführten Drittlandes von der Visumpflicht in Notlagen ermöglicht. Hin-

tergrunds ist eine sprunghafte Zunahme von Asylanträgen von Bürgern aus Westbalkanländern nach Aufhebung der Visumpflicht. Der Rat wird nunmehr in Verhandlungen mit dem Europäischen Parlament eintreten.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/jha/126932.pdf

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/11/st10/st10834.de11.pdf>

2. Weiterhin kein Schengenbeitritt von Bulgarien und Rumänien

Obwohl der Europäische Rat am 09.12. festgestellt hatte, dass Bulgarien und Rumänien die Voraussetzungen für den Schengenbeitritt erfüllen, legte der Vertreter der Niederlande am 13.12. im Rat für innere Angelegenheiten erneut sein Veto ein.

http://www.euractiv.com/future-eu/eu-presidency-nears-poland-vents-frustrations-news-509788?utm_source=EurActiv+Newsletter&utm_campaign=a5f1890330-my_google_analytics_key&utm_medium=email

VIII. Umwelt

Mehr EU-Fördermittel für neues Umwelt- und Klimaprogramm LIFE

Die Kommission schlägt vor, für den Zeitraum 2014-2020 Mittel in Höhe von 3.2 Mrd. EUR für ein neues Programm für Umwelt- und Klimapolitik (LIFE) bereitzustellen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/1526&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

<http://ec.europa.eu/environment/life/about/beyond2013.htm#proposal>

IX. Verkehr

1. Vernetzt und umweltschonend im künftigen europäischen Verkehrsraum

Um einen einheitlichen europäischen Raum für effiziente, sichere und umweltschonende Verkehre zu schaffen, bedarf es realistischer, verpflichtender Zielvorgaben in Bezug auf Umwelt und Sicherheit, so das Europäische Parlament in einer Entschließung vom 15.12. Bis 2020 müsse die Unfallopferate im Straßenverkehr gegenüber 2010 um die Hälfte sinken. Kosten für Luftverschmutzung, Lärm und Stau sollten in den Preis aller Verkehrsträger einberechnet werden, fordert das Parlament. "Komodale Effizienz enthält für uns die Aspekte der Wirtschaftlichkeit genauso wie die Aspekte der Umweltfreundlichkeit, der Sicherheit und auch der korrekten Arbeitsbedingungen", erklärte der Berichterstatter des Parlaments Mathieu Grosch (EVP, BE) vor der Abstimmung.

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/pressroom/content/20111215IPR34227/html/Einheitlicher-europ%C3%A4ischer-Verkehrsraum>

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2011-0584+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

2. Einigung über Neufassung des ersten Eisenbahnpakets

Der Rat Verkehr erzielte am 12.12. eine politische Einigung über die Richtlinie zur Schaffung eines einheitlichen europäischen Eisenbahnraums. Ziel der Regelung ist es, die Wettbewerbsfähigkeit des europäischen Eisenbahnsektors zu erhöhen und die Qualität der erbrachten Dienstleistungen anzuheben. Die neuen Vorschriften sollen ebenfalls den

Beförderern den Zugang zum Eisenbahnmarkt in anderen Mitgliedstaaten erleichtern. Mit dem Europäischen Parlament wird nunmehr eine Einigung in zweiter Lesung angestrebt.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/trans/126899.pdf

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/11/st17/st17324.de11.pdf>

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/10/st13/st13789-ad02co01.de10.pdf>

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/10/st13/st13789-co01.de10.pdf>

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/10/st13/st13789-ad02.de10.pdf>

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/10/st13/st13789.de10.pdf>

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/11/st16/st16805.de11.pdf>

X. Medien und Informationsgesellschaft

1. Einigung über erstes Programm für die Funkfrequenzpolitik

Der Rat verabschiedete am 13.12. seinen Standpunkt über das erste Programm für die Funkfrequenzpolitik (FFP). Hierzu ist mit dem europäischen Parlament eine informelle Einigung erzielt worden. Das EP wird voraussichtlich im Februar hierüber abstimmen. Mit dem FFP-Programmorschlag wird ein politisches Fünfjahresprogramm zur Förderung einer effizienten Funkfrequenzverwaltung aufgestellt, durch das insbesondere gewährleistet wird, dass bis spätestens 2013 genug Funkfrequenzen für drahtlose Breitbandnetze zur Verfügung stehen, wodurch dazu beigetragen würde, die Einwohner in entlegenen Gebieten mit schnellen Breitbandverbindungen zu versorgen und innovative Dienste in der EU anzubieten.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/trans/126899.pdf

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/11/st16/st16226-ad01re01.de11.pdf>

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/11/st16/st16226.de11.pdf>

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/11/st16/st16226-ad01.de11.pdf>

2. Nutzung öffentlicher Daten als Goldmine

Die Kommission hat am 12.12. eine Strategie für offene Daten in Europa vorgestellt, die der EU-Wirtschaft einen erwarteten 40-Milliarden-Euro-Wachstumsschub pro Jahr bescheren soll. Die Strategie zu ihrer EU-weiten Erschließung besteht aus drei Teilen: Erstens wird die Kommission mit gutem Beispiel vorangehen und der Öffentlichkeit ihre Informationsschätze kostenlos über ein neues Datenportal zugänglich machen. Zweitens werden überall in der EU gleiche Wettbewerbsbedingungen in Bezug auf offene Daten geschaffen. Drittens werden für diese neuen Maßnahmen 100 Millionen EUR bereitgestellt, die im Zeitraum 2011–2013 für Forschungsarbeiten über bessere Technologien für den Umgang mit diesen Daten ausgegeben werden sollen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/1524&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/11/891&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/information_society/policy/psi/index_en.htm

3. Karl-Theodor zu Guttenberg EU-Beauftragter für Internetfreiheit

Kommissionsvizepräsidentin Neelie Kroes benannte den früheren deutschen Wirtschafts- und Verteidigungsminister zum Beauftragten für den Schutz von Internetnutzern und –Aktivisten in autoritären Regimes.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/1525&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

XI. Bildung, Forschung, Kultur

a) Bildung

Mehr Stipendien für die Länder des arabischen Frühlings

Die Kommission hat die Anzahl der Bildungs- und Lehrstipendien, die für junge Menschen und Universitätsbedienstete aus Ländern des „Arabischen Frühlings“ in Nordafrika und im Nahen Osten zur Verfügung stehen, mehr als verdoppelt. Im Rahmen von Erasmus Mundus, der internationalen Version des Erasmus-Programms der Europäischen Kommission für den Austausch von Studierenden und Hochschulpersonal, werden zusätzlich zu den bereits für 2011-2012 geplanten 525 Stipendien Mittel für weitere 559 Stipendien für Länder im südlichen Mittelmeerraum zur Verfügung gestellt. Die Stipendiatinnen und Stipendiaten werden einen Teil ihres Studiums, eine Forschungs- oder Lehrphase in der Europäischen Union absolvieren können.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/1558&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

b) Forschung

Neuer Aktionsplan für Öko-Innovationen

Der Öko-Innovationsplan der Kommission fällt unter die Leitinitiative „Innovationsunion“ und baut auf dem [Aktionsplan für Umwelttechnologie \(ETAP\)](#) aus dem Jahr 2004 auf. Die Idee der Förderung umweltfreundlicher Technologien wird ausgeweitet auf Öko-Innovationen. Umgesetzt wird der Plan über Partnerschaften zwischen Interessengruppen, dem privaten und dem öffentlichen Sektor und der Kommission. Öko-Innovationen sollen insbesondere über Demonstrationsprojekte, neue Normen, Finanzierungsinstrumente für KMU und die Herausbildung neuer Kompetenzen gefördert werden.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/1547&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/environment/etap/index_de.html

http://ec.europa.eu/research/innovation-union/index_en.cfm

c) Kultur

Folgerecht des Urhebers des Originals eines Kunstwerks

Die Kommission veröffentlichte am 14.12. einen Bericht über die Umsetzung und die Folgen der Richtlinie 2001/84/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. September 2001 über das Folgerecht des Urhebers des Originals eines Kunstwerks (ABl. L 272, S. 32), die am 01.01.06 in Kraft getreten ist. Danach ist der Rückgang des europäischen Anteils am Markt für moderne und zeitgenössische Kunst nicht ohne weiteres der Einführung des Folgerechts zuzuschreiben. Lebende Künstler und vor allem ihre Erben profitierten von diesem Recht. Das Verfahren zur Durchsetzung dieser Rechte sei allerdings verbesserungsbedürftig. Die Kommission will im Dialog mit den Betroffenen der Frage weiter nachgehen. Konkrete Ergebnisse werden für 2014 angestrebt.

http://ec.europa.eu/internal_market/copyright/resale-right/resale-right_en.htm

XII. Sonstiges

Ausschreibungen für „Europa für Bürgerinnen und Bürger“ (2007-2013)

Die Kommission erließ eine Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen 2011 — Programm „Europa für Bürgerinnen und Bürger“ (2007-2013), Umsetzung der Programmaktionen „Aktive Bürgerinnen und Bürger für Europa“, „Aktive Zivilgesellschaft in Europa“ und „Aktive europäische Erinnerung“. Die ersten Bewerbungsfristen enden am 01.02.12, insbesondere für die erste Ausschreibung für Städtepartnerschaften.

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:C:2011:364:0015:0020:DE:PDF>